

„Wollen mit der Stadt kooperieren“

Was die Jagdpächter an den Plänen für den Taunussteiner „Bürgerwald“ kritisieren und was sie fordern

Von Sascha Kircher

TAUNUSSTEIN. „Was haben die Jagdpächter eigentlich falsch gemacht?“ Die Frage von Hartmut Luetz-Hawranke fasst die Stimmungslage der Taunussteiner Jagdpächter zusammen, seit diese von den Plänen für die zukünftige Organisation des Stadtwaldes erfahren haben. Wie berichtet, will Taunusstein für seinen „Bürgerwald in kommunalpolitischer Verantwortung“ Hessen Forst als dem bisherigen Dienstleister kündigen und von 2024 an mit eigenen Revierförstern die Regie im Stadtwald übernehmen, außerdem das „Wildtiermanagement“, also die Jagd. Dazu sollen auslaufende Pachtverträge nicht verlängert werden, um die Jagd in den bislang elf Revieren neu zu organisieren. Ein Pachtvertrag läuft 2023 aus, ein weiterer 2024, die restlichen neun dann am 31. März 2027.

Kritik an Gutachten und dessen Schlussfolgerungen

Die Kritik der Jagdpächter, für die Luetz-Hawranke, Rehwildsachkundiger und 2. Vorsitzender der Niederwildhegegemeinschaft III (Platte), spricht, entzündet sich vor allem an den beiden Gutachten, welche die Stadt in Auftrag gegeben hat. Diese kämen aus einer eindeutig „grünen“ Ecke – eines stammt von Wohllebens Waldakademie, das andere von Bethmann Waldberatung. Die Devise „Wald vor Wild“ sei dabei nicht mal nachhaltig.

Was die Jagdpächter damit meinen: Das Bethmann-Gutachten resümiert: „Voraussetzung zur Umsetzung der Naturnahen Waldbewirtschaftung ist die umfassende Übernahme aller Jagdflächen in Eigenregie als Eigenjagdbezirke der Stadt Taunusstein.“ Wie komme man darauf, dass das eine nur mit dem anderen klappe, fragen sich die Jagdpächter. Auch die im Gutachten aufgeführten überhöhten Reh- und Rotwildbestände und Verbisschäden in Höhe von 300 000 Euro zweifeln die Jagdpächter an. „Das Gutachten leitet nicht her, wie es zu der Annahme kommt“, haben sie in ihrem vierseitigen „Positionspapier“ formuliert, das Stadtverwaltung sowie Fraktionen zugehen und der Redaktion vorliegt.

Besagtes Gutachten betrachte nur 50 Prozent des Sachverhalts – die Feldjagd fehle etwa völlig. „Wenn die Abschussraten im Wald mas-



Haben klare Vorstellungen und Forderungen (von links): Hartmut Luetz-Hawranke, Margareta Rabus und Hartmut Ebenau. Foto: Martin Fromme

siv erhöht werden, flieht das Wild aufs Feld und richtet dort noch größere Schäden an“, sagt Hartmut Ebenau von der Pächtergemeinschaft Wehen I. Zudem seien „weder die überhöhten Wildbestände noch die angenommenen Verbisschäden fachlich/sachlich belegt oder nachvollziehbar hergeleitet“, heißt es im Papier.

„**Wie will die Stadt das alles übernehmen und was lässt erwarten, dass sie es in Eigenregie besser hinbekommt?**“

Hartmut Luetz-Hawranke, Jagdpächter

Auch ein Treffen mit der Stadtverwaltung am 21. Oktober habe die offenen Fragen der Jagdpächter nicht beantwortet. Vielmehr habe man das Gefühl, dass durch die getrennte Einladung von Jagdpächtern und Ortslandwirten ein Keil zwischen die

beiden Interessengruppen getrieben werden solle. Dabei habe man seit einigen Jahren ein „friedliches Miteinander“, auch mit Hessen Forst arbeite man gut zusammen. Das Interesse der Stadtverwaltung, mit der Jägerschaft zu kooperieren, sei dagegen verschwindend. „Seit zwölf Jahren bin ich in der Niederwildhegegemeinschaft III (Platte) aktiv, seither gab es dort null Versuche, auf uns einzuwirken“, klagt Luetz-Hawranke. „Und jetzt kommen sie mit der Axt.“ Dabei betont Margareta Rabus von der Pächtergemeinschaft Wehen I: „Wir sind bereit, mit der Stadt als künftigem Waldbewirtschafter auch noch enger zusammenzuarbeiten.“

Die Jagdpächter räumen „durchaus eigene Interessen“ ein, betonen aber gleichzeitig, dass sie mit viel Idealismus, wirtschaftlichem Engagement und hoher Kompetenz ihrer Tätigkeit nachgingen. Unternehmensberater Luetz-Hawranke hat sich die Mühe gemacht, in seinem Re-

vier Wingsbach exemplarisch die Leistungen der Pächter und deren finanziellen Wert aufzulisten. Im Jahr summiere sich das auf rund 60 000 Euro, in allen elf Revieren auf insgesamt 500 000 Euro jährlich. Dem stünden lediglich die Einnahmen aus der Vermarktung des Wildbrets entgegen. „Wie will die Stadt das alles übernehmen“, fragen sich die Jagdpächter, und was lasse erwarten, dass sie es in Eigenregie besser hinbekommt?

Ziel der Wiederaufforstung auch für die Jäger unstrittig

Die Regiejagd soll künftig ein städtischer Jagdberater koordinieren, der „Bürger mit Jagdscheinen“ einbinden soll, wie es im Gutachten heißt. Der Jagdberater sei generell eine gute Idee. Auch in der nun einzusetzenden Magistratskommission, die alle weiteren Fragen beraten soll, wie der Umweltausschuss kürzlich beschloss (wir berichteten), wolle man gern aktiv mitarbeiten.

Es gehe nicht darum, alles so zu belassen, wie es ist, versichern die Jagdpächter. Am grundsätzlichen Vorhaben der Wiederaufforstung sei nicht zu rütteln, betont Luetz-Hawranke. „Das ist unstrittig und überfällig“, schließlich begreife man sich als Vertreter eines aktiven Naturschutzes. Aber vieles von dem, was nun zu reparieren sei, gehe auf menschliche Eingriffe zurück. Und nun wolle man „noch mehr Durcheinander produzieren, wenn nur noch abgeschossen“ werde? „Das ist verantwortungslos“, sagt Luetz-Hawranke.

INFORMATION

► Das **Positionspapier** der Taunussteiner Jagdpächter können interessierte Bürger hier lesen: <https://www.nhg-platte.de/positionspapier.htm>.

► In der Sitzung der **Stadtverordnetenversammlung** am Donnerstag in Wehen steht das Thema auf der Tagesordnung.